

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
Literaturverzeichnis	19
A. Allgemeines	21
I. Vermessungsrecht als Länderaufgabe	21
II. Grundlagen	21
1. Aufgabenkatalog des amtlichen Vermessungswesens/Rechtsgrundlagen	21
2. Begriffsbestimmungen	22
3. Verhältnis der amtlichen Vermessung zu privatrechtlichen vermessungstechnischen Leistungen (Ingenieurvermessungen)	26
4. Zuständigkeiten im amtlichen Vermessungswesen	30
5. Hoheitliche Vermessungen von Amts wegen oder nur auf Antrag	33
6. Verfahrensschritte von Beginn bis zur Beendigung der Amtshandlung	43
III. Bedeutung der amtlichen Vermessung	48
1. Amtliche Vermessung als Maßstab für die Bestimmung der Reichweite des Eigentums an Grund und Boden in räumlicher Hinsicht (Lage, Grenzverlauf, Größe, Geometrie eines Grundstücks)	48
2. Argumente, aus denen sich die rechtliche Bedeutung der amtlichen Vermessung ableiten lässt	51
3. Keine Erstreckung der gesetzlichen Vermutung nach § 891 BGB und des öffentlichen Glaubens nach § 892 BGB auf die Angaben unter Ziffer 3 e des Bestandsverzeichnisses des Grundbuchs (Wirtschaftsart/Lage)	54
4. Ausschluss der gesetzlichen Vermutung nach § 891 BGB und des öffentlichen Glaubens nach § 892 BGB aufgrund wasserrechtlicher Bestimmungen	56
5. Keine Klärung zivilrechtlicher Fragestellungen im amtlichen Vermessungswesen	57
6. Geodaten und Urheberrecht	59
7. Geodaten und Informationsfreiheitsansprüche	65

B.	Die amtliche Vermessung im Zusammenhang mit Grenzstreitigkeiten	70
I.	Ausgangssituation	70
1.	Nachbarschaftliche Auseinandersetzungen	70
2.	Anstehende Grenzbebauung	70
3.	Weitere Anlässe für Grenzstreitigkeiten	71
4.	Rechtliche Fragestellungen	72
II.	Verfahrens- bzw. Klagegegenstand	73
1.	Grenzverlauf in der Örtlichkeit	73
2.	Im Streit stehende Rechtsakte der amtlichen Vermessung	75
3.	Grenzfeststellung	75
4.	Abmarkung	77
5.	Fortführungsriß	88
6.	Fortführungsnnachweis (FN)/Veränderungsnachweis (VN)	94
7.	Berichtigung des Liegenschaftskatasters	99
8.	Formulierung des Rechtsschutzbegehrens	104
III.	Notwendige Beiladung im Verwaltungsverfahren bzw. im verwaltungsgerichtlichen Verfahren	105
IV.	Formelle Rechtmäßigkeit	106
1.	Zuständigkeiten	106
2.	Verfahren, Form, Frist	106
V.	Materielle Rechtmäßigkeit	107
1.	Maßgeblichkeit des Liegenschaftskatasters	107
2.	Zulässige Messtoleranzen	113
3.	Beschreibung des Liegenschaftskatasters	117
4.	Funktion des Liegenschaftskatasters	118
5.	Auslegung des Liegenschaftskatasters	120
6.	Keine eindeutige Auslegung des Liegenschaftskatasters	124
7.	Berichtigung des Liegenschaftskatasters	127
8.	Klage gegen einen Fortführungsnnachweis bei Flächenberichtigung	136
9.	Klage auf Auskunftserteilung aus dem Liegenschaftskataster	138
10.	Geodaten und Datenschutz	151
VI.	Zivilrechtliche Folgen bei Uneindeutigkeit oder Unrichtigkeit des Liegenschaftskatasters	157
1.	Grenzverwirrung im Sinne des § 920 BGB bei Uneindeutigkeit des Liegenschaftskatasters	157

2.	Unrichtigkeit des Liegenschaftskatasters	158
3.	Gesetzliche Vermutung des § 891 BGB und gutgläubiger Erwerb gem. § 892 BGB	159
4.	Buchersitzung (§ 900 BGB)	161
5.	Erwerb des Grundstücks im Rahmen der Zwangs- versteigerung im Umfang des Katasterinhalts	161
6.	Kein gutgläubiger Erwerb der im Liegenschafts- kataster ausgewiesenen Flächengröße	162
7.	Staatshaftungsanspruch bei fehlerhafter Flächenausweisung	162
8.	Rechtliche Auswirkungen einer Grenzbebauung.	164
C.	Privatrechtliche Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit Grenzstreitigkeiten	166
I.	Ausgangssituation	166
II.	Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche des Eigen- tumers aus § 1004 Abs. 1 BGB bei Grenzverletzungen	167
1.	Beeinträchtigungen im Sinne des § 1004 Abs. 1 BGB	167
2.	Eigentumsbeeinträchtigung im Sinne des § 1004 Abs. 1 BGB durch Überbauung.	170
3.	Duldungspflichten aus § 1004 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 912 BGB	174
4.	Analoge Anwendungen des § 912 BGB	187
5.	Duldungspflichten aus § 242 BGB	200
6.	Ausschluss des Beseitigungsanspruchs wegen § 275 Abs. 2 S. 1 BGB bzw. § 251 Abs. 2 S. 1 BGB	201
7.	Überbaurente/Sondernutzungsgebühren bei überbauten öffentlichen Flächen	202
8.	Keine Pflicht des Eigentümers zur Duldung der Inanspruchnahme seines Grundstücks für die Herstellung des Straßenkörpers	205
9.	Störereigenschaft des Anspruchsverpflichteten aus § 1004 Abs. 1 BGB	205
10.	Wiederholungsgefahr bei Unterlassungsanspruch.	207
11.	Verjährung des Beseitigungs- und Unterlassungs- anspruchs aus § 1004 Abs. 1 BGB bei Grenz- verletzungen	208
12.	Ausschluss der Rechte wegen Eigentumsstörung nach den Grundsätzen von Treu und Glauben.	211

III.	Herausgabe- sowie Beseitigungsansprüche aus § 985 BGB sowie aus § 861 BGB bei Grenzverletzungen	212
1.	Anwendbarkeit der §§ 985, 861, 862 BGB bei Überbauten.....	212
2.	Duldungspflichten; Eigentümer-Besitzer-Verhältnis	214
3.	Verjährung/Verwirkung	214
IV.	Auswirkung einer erteilten Baugenehmigung auf eine Grenzstreitigkeit	215
1.	Keine Wechselwirkungen zwischen öffentlich- rechtlicher Baugenehmigung und zivilrechtlichen Ansprüchen oder Sondernutzungsgebühren	215
2.	Einschränkungen	217
3.	Baugenehmigung ohne Einfluss auf die amtliche Vermessung	217
4.	Kein Anspruch auf bauordnungsrechtliches Einschreiten im Falle eines Überbaus	218
5.	Zweigleisig ausgestalteter Rechtsschutz, soweit Verstoß gegen drittschützende öffentlich- rechtliche Bestimmungen vorliegt	219
V.	Grenzanlagen im Sinne der §§ 921, 922 BGB	219
D.	Gebühren für hoheitliche vermessungstechnische Leistungen.....	222
I.	Ausgangssituation.....	222
II.	Rechtsgrundlage für die Gebühren für vermessungs- technische Leistungen	223
1.	Landesgebührengesetz (LGeG) von Baden- Württemberg bzw. Kommunalabgabengesetz (KAG) von Baden-Württemberg in Verbindung mit der Gebührenverordnung MLR (GebVO MLR)	223
2.	Maßgebende Fassung der Gebührenverordnung	224
3.	Rechtsgrundlagen für Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure	225
III.	Formelle Rechtmäßigkeit	225
1.	Zuständigkeiten	225
2.	Verfahren, Form, Frist	226
IV.	Materielle Rechtmäßigkeit des Gebührenbescheids	238
1.	Allgemeines	238
2.	Schuldnerauswahl.....	242
3.	Zurechnung der öffentlichen Leistung gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 2 Abs. 3 Landesge- bührengesetz Baden-Württemberg (LGeG)	246

4.	Schriftliche Erklärung gegenüber der Behörde gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 LGeG Baden-Württemberg	262
5.	Haftung für die Gebühren- und Auslagenschuld eines anderen kraft Gesetzes (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 Landesgebührengesetz Baden-Württemberg)	265
6.	Gebührenerleichterungen aus Gründen der Billigkeit	265
7.	Schuldnerauswahl/Gesamtschuldnerschaft	266
8.	Allgemeine gebührenrechtliche Grundsätze	273
9.	Häufige Problemstellungen im Vermessungs- gebührenrecht	280
E.	Öffentlich bestellte Vermessingsingenieure	301
I.	Rechtsstellung	301
1.	Rechtsgrundlagen	301
2.	Rechtsstellung als Beliehener	301
3.	Pflichten/Beschränkungen	306
4.	Persönliche Voraussetzungen	316
5.	Sonstiges	333
II.	Honoraransprüche des Öffentlich bestellten Vermessingsingenieurs	359
1.	Allgemeine Grundsätze	359
2.	Rechtslage in Baden-Württemberg	360
3.	Rechtslage in anderen Bundesländern	361
4.	Bindung an festgeschriebene Gebührensätze	365
5.	Honoraransprüche bei von Amts wegen vorzunehmenden Vermessungsleistungen	366
	Stichwortverzeichnis	371